

Beschlussbuch

Unterbezirksparteitag

02.03.2013



Der Antrag A4 – Gemeinschaftsgrundschulen“ wurde zurückgezogen.
Der Antrag A6 – Schulentwicklungsplanung wurde erledigt durch die
Annahme des weitergehenden Antrags A5.

Antragsteller: OV Frohnhausen

1 **Antrag: Ortsvereinsarbeit stärken**

2

3 Die ehrenamtliche Arbeit von Mitgliedern der SPD und die Arbeit der Mandatsträgerinnen
4 und Mandatsträger in der SPD muss gestärkt und sich stärker auf Bürgergespräche,
5 Stadtteilarbeit vor Ort und Konferenzen vor Ort fokussieren können. Die Bürgerkonferenzen
6 und themenorientierten Veranstaltungen wie z.B. Denk.bar, Migrationstage oder
7 Bildungskonferenzen vor Ort zeigen, dass großes Interesse des Bürger an der Entwicklung
8 "seines" Stadtteils besteht, aber nicht an Formalien und Ritualen.

9

10 Der SPD Ortsverein Frohnhausen beantragt die Einsetzung einer Kommission beim PV, die
11 die Arbeits- und Organisationsabläufe in der Partei durch Vorgaben von Satzungen,
12 Finanzordnung und gesetzlichen Vorgaben (z.B. Parteiengesetz, Wahlgesetze, Datenschutz
13 u.a.) umfassend prüft und Vorschläge zur Vereinfachung und Entlastung der
14 ehrenamtlichen Gremien und hauptamtlichen Strukturen von Verwaltungsaufgaben und
15 Verfahrensabläufen in den Versammlungen und in der Organisationspolitischen Arbeit
16 vorlegt.

17

18 Den Landesverbänden, den Regionalorganisationen und Unterbezirken sollte der
19 Bundesparteitag gleiches empfehlen, um eine schnelle regionale Umsetzung und
20 Berücksichtigung regionaler Besonderheiten und Traditionen sicherzustellen.

Antragsteller: OV Dellwig

1 **Antrag: Überprüfung der rechtlichen Möglichkeiten einschließlich einer**
2 **Änderung StVO, abgemeldete Fahrzeuge im öffentlichen Raum**
3 **schneller entfernen zu können.**

4

5 Die Essener SPD Abgeordneten im Bundestag und im Landtag NRW werden aufgefordert,
6 sich in den jeweiligen Fraktionen dafür einzusetzen, gesetzliche und ordnungsrechtliche
7 Möglichkeiten zu erarbeiten, um es den kommunalen Ordnungsbehörden schneller zu
8 ermöglichen, Fahrzeuge ohne Zulassung schneller als bisher aus dem öffentlichen Raum
9 entfernen zu können.

10 Ziel der Überarbeitung soll die Schaffung einer rechtlichen Möglichkeit für die
11 Ordnungsbehörden sein, abgemeldete Kraftfahrzeuge, die widerrechtlich im öffentlichen
12 Verkehrsraum abgestellt werden, schneller entfernen zu können. Die bisherigen Fristen von
13 3 bzw. 14 Tagen sollen auf einen Tag reduziert werden können. Bei verkehrsgefährdenden
14 Situationen soll ein sofortiges Entfernen der Fahrzeuge aus dem öffentlichen Verkehrsraum
15 ermöglicht werden. Das Entfernen der Fahrzeuge soll zu Lasten der zu ermittelnden Halter
16 gehen.

17 Weiterhin soll es den Ordnungsbehörden ermöglicht werden, einen offensichtlichen Handel
18 von Kraftfahrzeugen im öffentlichen Verkehrsraum zu untersagen.

19 Ein Übernachten in Fahrzeugen im öffentlichen Verkehrsraum muss durch drastische
20 Erhöhung der Ordnungsgelder und andere ordnungspolitische Maßnahmen verhindert
21 werden.

22 Zudem sollen Maßnahmen beschlossen werden, die geeignet sind, das Abstellen von LKW
23 und Aufliegern auf öffentlichen Straßen außerhalb von Gewerbegebieten zu unterbinden.
24 Dabei ist zu prüfen, in wie weit Speditionsfirmen die Schaffung eines Abstellplatzes für ihre
25 Fahrzeuge vorgeschrieben werden kann.

26 Weiterhin wird gefordert, die bestehenden gesetzlichen Regelungen durch die
27 Ordnungsbehörden konsequent durchzusetzen und bei Verstößen zu ahnden.

UB-Parteitag SPD Essen (Beschlissen am 02.03.2013) Antrag A3

Antragsteller: OV Dellwig

1 Antrag: Alle Grundschulen werden Gemeinschaftsgrundschulen

2

3 Die SPD Fraktion im Landtag wird aufgefordert, politische Initiativen zur Änderung von
4 Artikel 12 der Landesverfassung mit dem Ziel zu ergreifen, Grundschulen in
5 Gemeinschaftsgrundschulen zu überführen.

Antragsteller: AfB Essen

1 Antrag: Schulentwicklungsplanung

2

3 Die SPD Fraktion im Rat der Stadt Essen wird aufgefordert, Schritte zu unternehmen bzw. zu
4 beantragen, die geeignet sind, die Verwaltung zu zwingen, die Beschlüsse des
5 Schulausschusses

6 • Gemeinsamer Antrag der SPD und der Linken vom 03.März 2010, Antrag Nr.
7 0487/2010/SPD/LINKE

8 • Gemeinsamer Antrag der CDU, Grünen, FDP und EBB, Antrag Nr.
9 0507/2010/CDU/GRÜNE/FDP/EBB

10

11 umzusetzen und einen Schulentwicklungsplan unter Beachtung der dort genannten
12 Kriterien aufzulegen:

13

- 14 • demographischen Entwicklungen in der Stadt und in den Stadtteilen, (mit
- 15 möglichst kleinräumigem Blick auf den Stadtteil und/oder Quartiere)
- 16 • die sozialräumliche Bedeutung der einzelnen Schulen für den Stadtteil
- 17 • die bisherigen und die zu erwartenden Trends bei den Anmeldezahlen für die
- 18 einzelnen Schulen,
- 19 • Mindestzügigkeiten für die einzelnen Schulformen und Schulen
- 20 • Instandsetzungs-/Sanierungsbedarf oder bereits erfolgte Investitionen
- 21 • Finanzielle Ressourcen
- 22 • Prinzip der Zweizügigkeit
- 23 • Schwerpunktschulen des Gemeinsamen Unterrichts
- 24 • Schulprofile und -programme (Prüfung der Fortführungsmöglichkeit von
- 25 Programmen an anderen Standorten)
- 26 • Funktionierendes Übergangsmanagement KITA – GS
- 27 • Erreichbarkeit (kurze Wege)
- 28 • Standortvernetzung
- 29 • Zusammensetzung der Schülerschaft

Antragsteller: AfB Essen

1 **Antrag: Schuleinzugsbezirke wieder einführen**

2

3 Die SPD Fraktion im Rat der Stadt Essen wird aufgefordert, sich für die Wiedereinführung
4 der Schuleinzugsbezirke für Grundschulen einzusetzen und einen entsprechenden Beschluss
5 des Rates herbeizuführen.

Antragsteller: Jusos Essen

1 **Antrag: Versammlungsgesetz für NRW**

2

3 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion und die Landesregierung auf, ein eigenes
4 Versammlungsgesetz für NRW zu verabschieden.

5 Bei der Gesetzgebung ist zu prüfen, ob damit Aufmärsche faschistischer Organisationen an
6 historischen Daten und Orten, die an die Schrecken und Opfer des Nationalsozialismus
7 erinnern, erschwert oder verboten werden können.

Antragsteller: Jusos Essen

1 **Antrag: „EXIT“ erhalten - Faschismus bekämpfen!**

2

3 Es wird vornehmlich die SPD-Bundestagsfraktion sowie im Rahmen ihrer Möglichkeiten die
4 NRWSPD-Landtagsfraktion und die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament dazu
5 aufgefordert, sich für eine hinreichende Finanzierung der erfolgreichen und mit Preisen
6 ausgezeichneten Aussteiger-Initiative „EXIT-Deutschland“ einzusetzen, die
7 RechtsextremistInnen beim Aufbau eines neuen Lebens jenseits von Faschismus und
8 Ausländerfeindlichkeit unterstützt.

9 Zur hinreichenden Finanzierung sollen unter anderem beitragen:

10

- Der Einsatz der S&D-Fraktion in der EU-Haushaltsberatung um das Volumen des Europäischen Sozialfonds.

11

12

- Der Einsatz der SPD-Bundestagsfraktion zur Fortführung der bestehenden Finanzierung und Erschließung weiterer Finanzierungsmöglichkeiten.

13

14

- Der Einsatz der NRW-Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen über eine Bundesratsinitiative.

15

Antragsteller: AsF Essen

1 Antrag: Intensivierung der Frauenförderung als gesamtparteiliche
2 Aufgabe konsequent angehen!

3

4 Die SPD Essen bekräftigt die im Zuge der Parteireform beschlossene paritätische Besetzung
5 von Mann und Frau bei der Vergabe von Mandaten und Ämtern und ergreift Maßnahmen
6 zur aktiven Frauenwerbung und -förderung mit dem Ziel mehr Frauen für
7 kommunalpolitische Aufgaben zu gewinnen.

8 Bei der Integration von Frauen in Mandate und Führungspositionen handelt es sich um eine
9 gesamtparteiliche Aufgabe, welcher der Unterbezirk der SPD Essen mit einem eigens
10 entwickelten Maßnahmenkatalog zur Förderung von weiblichen Mitgliedern Rechnung
11 trägt.

12 Die SPD Essen wird diesen Maßnahmenkatalog gemeinsam mit der AsF entwickeln.

Antragsteller: OV Holsterhausen

1 **Antrag:** Europäische Bürgerinitiative "Wasser ist ein Menschenrecht" unterstützen.

2

3 Die SPD Essen unterstützt die europäische Bürgerinitiative "Wasser ist ein Menschenrecht".

4

5 Die Essener Bürgerinnen und Bürger werden aufgerufen“ für die Europäische
6 Bürgerinitiative gegen die Liberalisierung und Privatisierung der Wasserwirtschaft in Europa
7 (<http://www.right2water.eu/de>) abzustimmen.

Antragsteller: UBV

1 Resolution: Stigmatisierung der Menschen im Ruhrgebiet beenden

2 Die Stadt Essen und das Ruhrgebiet haben eine bewegte und vom ständigen Wandel
3 geprägte Geschichte hinter sich. Einst mit Kohle und Stahl reich geworden war das
4 Ruhrgebiet über lange Zeiträume der wirtschaftliche Motor Deutschlands. Davon haben
5 viele Menschen in der gesamten Republik profitiert. Auf den wirtschaftlichen Niedergang
6 folgte ein beispielloser und vor allem erfolgreicher Strukturwandel. Und dennoch bleibt
7 noch Vieles zu tun. Die ökonomischen und sozialen Herausforderungen bleiben, sind manch
8 Ortes sicherlich auch größer geworden.

9 Trotz allem, die Menschen und die Region können stolz sein auf Geleistetes. Und trotz allen
10 Bemühens scheint es in Teilen der politischen aber auch der medialen Landschaft, vor allem
11 außerhalb des Ruhrgebietes, nach wie vor eine gern praktizierte Übung mit wohlfeilen
12 Ratschlägen daher zu kommen und schräge Bilder eines vermeintlich untergehenden
13 Ruhrgebietsnordens zu zeichnen.

14 Ja, es gibt Probleme. Und das nicht allzu knapp. Und natürlich bedarf es ehrlicher
15 Bestandsaufnahmen. Aber die dunkelschwarzen Bilder gehen ebenso an der Realität vorbei
16 wie rosarote. Gilt es nicht ebenso, die vielen Lichtblicke zu beschreiben und das Engagement
17 derer zu würdigen die sich tagtäglich dafür einsetzen, dass es besser wird und die nicht
18 weglaufen, sondern anpacken. Nein, diese Menschen sind keine Erfindung und das Ergebnis
19 von Schönfärberei. Sie gibt es tatsächlich. Und sie haben sich eben bewusst dazu
20 entschieden in „ihren“ Quartieren zu bleiben und hart dafür zu arbeiten, dass es voran geht.
21 Diese Menschen haben mehr verdient, als ständig verbale Tiefschläge zu erfahren.

22 Das scheint leider nicht überall angekommen zu sein wie beispielsweise die Frankfurter
23 Allgemeine Sonntagszeitung vom 6. Januar 2013 zeigt und ein Bild Altendorfs zeichnet,
24 welches die „andere“ Seite dieses Stadtteils gänzlich ausblendet, weil sie ganz offensichtlich
25 nichts ins eigene (Welt)Bild passen mag. Dies holte die WAZ am 10. Januar 2013 nach und
26 spricht mit denen, die etwas aufbauen wollen und die daran glauben, dass es auch aufwärts
27 gehen kann.

28 Wir wenden uns deshalb entschieden gegen jede Form von Stigmatisierung der Menschen
29 im Ruhrgebiet, wir wenden uns gegen Zerrbilder und einseitige, wie vorgefasste Urteile. Wir
30 wollen offen ansprechen wo Probleme liegen. Wir wollen aber auch über die vielen guten
31 Ansätze reden. Wir wenden uns gegen vorgefasste Meinungen und wollen, dass Menschen
32 und ihr Engagement eine faire Chance erhalten. Alle gemeinsam wollen wir dem
33 selbstbewusst und aufrecht entgegentreten. Die Diskussion zeigt aber auch, dass wir das
34 durchaus lauter und mit deutlich vernehmbarer Stimme tun müssen! Sie zeigt aber auch,
35 dass wir uns nicht allzu sehr auf dem Erfolg des Kulturhauptstadtjahres ausruhen dürfen.

Antragsteller: OV Holsterhausen

1 **Resolution: Gleiche Bezahlung von angestellten und verbeamteten**
2 **Lehrkräften**

3 Die SPD Essen unterstützt die gewerkschaftliche Forderung nach der Gleichstellung und
4 Gleichbehandlung von angestellten und verbeamteten Lehrkräften.

5 In NRW ist ein Viertel der Lehrkräfte angestellt. Die angestellten Lehrerinnen und Lehrer
6 werden wesentlich schlechter bezahlt für die gleiche Arbeit wie die Beamten, den
7 angestellten Lehrerinnen und Lehrern werden Aufstiegsmöglichkeiten wegen ihres
8 Angestelltenstatus verbaut, durch die fehlende tarifliche Eingruppierung können
9 Landesregierungen nach eigenem Gutdünken die angestellten Lehrerinnen und Lehrer
10 bezahlen, im Krankheitsfall erhalten die verbeamteten Lehrkräfte über eine wesentlich
11 längere Zeit ihr Gehalt als die angestellten Lehrerinnen und Lehrer und der
12 Kündigungsschutz der angestellten Lehrerinnen und Lehrer ist löchriger als bei
13 verbeamteten Lehrkräfte.

14 Wer ein effizientes und gerechtes Bildungssystem für die Kinder und Jugendlichen
15 etablieren will, der braucht motivierte und engagierte Pädagogen im Schuldienst. Deshalb
16 muss Schluss gemacht werden mit der Ungerechtigkeit in der Bezahlung und Behandlung
17 von angestellten und verbeamteten Lehrerinnen und Lehrern.